

Dieser Text erschien in leicht gekürzter Fassung und ohne die Mehrzahl der Tabellen im Anhang in der Zeitschrift „sozialismus“ Nr. 12/2011

# Vielfalt der Wählerschichten zusammenhalten

## oder: Die schiefe Bahn vor Augen

*Am Ende des Wahljahres 2011 steht DIE LINKE vor den nächsten Hürden auf ihrem Weg von einer antineoliberalen Sammlungsbewegung zu einer stabilen und aufstrebenden demokratisch-sozialistischen Partei. Am Ende des Wahljahres 2011 steht fest: Die Zeit der schnellen Wahlerfolge ist vorbei, eine Zeit harter Bewährungsproben im Wettbewerb mit anderen Parteien ist angebrochen. Welche Hinweise liefern die Wahlen seit der letzten Bundestagswahl für die Politik der LINKEN und zukünftige Wahlen?*

Die sieben Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009 führten teilweise zu drastischen Veränderungen in der Machtverteilung auf Länderebene. In Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Baden-Württemberg fanden vollständige Regierungswechsel mit Machtverlust für Union und FDP. In Rheinland-Pfalz hat Kurt Beck jetzt einen grünen Koalitionspartner, in Berlin wird Klaus Wowereit statt mit der LINKEN mit der Union regieren. In Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wurden die von CDU bzw. SPD geführten Regierungen bestätigt. Im Bundesrat hat die Bundesregierung an Einfluss verloren, ohne dass sich dort eine oppositionelle Blockade-Mehrheit herausgebildet hätte. Die Union verliert drei Ministerpräsidenten. Die FDP implodiert nach dem Wiedereinzug in die Hamburgische Bürgerschaft und wird aus fünf Landtagen meist deutlich hinaus gewählt. Umgekehrt gewinnen die Grünen drei Fraktionen hinzu, sind nun in allen Landtagen vertreten, stellen erstmals einen Ministerpräsidenten und sind an zwei weiteren Landesregierungen neu beteiligt. Die SPD gewinnt zwei Regierungschefsessel und wird in einer dritten Landesregierung Juniorpartner. Die auffälligste Veränderung ist die Kräfteverschiebung von der FDP zu den Grünen. Sie spiegelt sich ebenfalls in den bundesweiten „Sonntagsfragen“ für den Bundestag wieder. Gleichzeitig erlebt „Rot-grün“ als Alternative zu „Schwarz-Gelb“ ein mediales Comeback. Die SPD erscheint dabei politisch größer als sie real nach Lage der Stimmen und Prozente ist. Immerhin konnte sie in Berlin den Angriff der Grünen auf ihre Position als führende Partei in einer rot-grünen Konstellation abwehren. Zuletzt entschied sich die Berliner SPD ohne Einwände der Bundespartei gegen eine Koalition mit den Grünen und für eine weitere Zusammenarbeit mit der Union. Festzuhalten ist auch: Trotz „Sarrazin-Debatte“ und anderer rechtspopulistischer, zuletzt antieuropäischer Stimmungsmache können extrem rechte Parteien in keinen weiteren Landtag einziehen, bleiben in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern aber präsent. Bei der Berliner Wahl schafft mit der Piraten-Partei eine neue Partei, die anders ist als die anderen Parteien, den Sprung ins Abgeordnetenhaus und befindet sich seit dem auch bundesweit im demoskopischen Umfragehoch.

DIE LINKE hat sich in diesem Wahlzyklus mit seinen unterschiedlichen Konstellationen behauptet, sie hat gewonnen, verloren, stagniert, auf jeden Fall teilt sie nicht das Schicksal der anderen Gewinnerpartei von 2009, der FDP. In Nordrhein-Westfalen hat sie eine Fraktion hinzugewonnen, in Berlin eine Regierungsbeteiligung verloren. Über alle sieben Wahlen gesehen, kamen zehn Mandate hinzu, andere gewannen siebzig wie die Grünen oder verloren 60 wie die Union oder 40 Mandate wie

die FDP. Die Veränderung bei den Stimmenanteilen schwankt zwischen plus 2,5 Prozentpunkten in Nordrhein-Westfalen und minus 2,8 Prozentpunkten in Bremen. Dagegen verliert die Union bis zu 20,7% (Hamburg) und gewann bis zu 2,4% (Rheinland-Pfalz). Die Ergebnisse der SPD schwanken zwischen minus 9,9% (Rheinland-Pfalz) und plus 14,3% (Hamburg); die Grünen gewinnen bis zu 12,5% (Baden-Württemberg), die FDP verliert bis zu 5,8% (Berlin). An den sieben Landtagswahlen beteiligten sich rund 750.000 Wahlberechtigte mehr als zuvor. Die Union verlor rund 800.000 Stimmen, die FDP gut 350.000. Die Grünen gewannen etwa 1,1 Mio. Stimmen hinzu, bei der SPD waren es unterm Strich etwa 50.000 zusätzliche Wähler und Wählerinnen. DIE LINKE erreichte in Plus von rund 160.000 Stimmen.<sup>1</sup>

In der politischen Bewertung der Wahlergebnisse für DIE LINKE überwiegen jedoch nicht diese Anzeichen für Stabilität in Zeiten zum Teil großer Veränderungen, sondern die Anzeichen von Wachstumsschwäche und Misserfolg: Im Südwesten misslang der Einzug in die Parlamente deutlich. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern scheiterte der Anspruch, stärkste, auf jeden Fall aber regierende Partei zu werden, und in Berlin reichte es nicht für die Fortsetzung der rot-roten Koalition. Der politische Einfluss der LINKEN in den Ländern nimmt am Ende des Wahlzyklus ab. Gemessen an den eigenen Wahlzielen kann die Bilanz am Ende nur mit negativen Vorzeichen versehen werden. Vor allem bei erhalten diejenigen Kräfte Auftrieb, die eine Zusammenarbeit strikt verweigern, weil sie die parlamentarische Existenz der LINKEN im Westen und im Bund als eine Art vorübergehenden bedauerlichen Betriebsunfall der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte betrachten. Während in Nordrhein-Westfalen DIE LINKE mit der Ansage, sie werde ein einen Politikwechsel nicht scheitern lassen, noch einmal erfolgreich war und sie sich in Hamburg bei einem sozialdemokratischen Erdrutschsieg behauptet hatte, scheiterte sie im Wechselwahlkampf in Baden-Württemberg deutlich. In der letzten Wahlkampfphase vermeldeten die Umfragen, dass ihr Landtagseinzug unsicher sei, was einen erheblichen Teil der linken Wählerschaft veranlasste, aus taktischen Gründen die Grünen zu wählen. Gerät die Partei bei entsprechenden Wahlausgängen in Schleswig-Holstein im Mai 2012 und in Niedersachsen Anfang 2013 weiter auf der schiefen Bahn ins Abrutschen, so wird sie sich womöglich bei der Bundestagswahl 2013 eines vergleichbaren Szenarios erwehren müssen. Es wird also darauf ankommen, den eigenständigen Weg bei einem Wechselwahlkampf zu bestimmen.

Bei den Wahlen in den ostdeutschen Ländern löste die Aussicht auf einen Ministerpräsidenten der LINKEN keine besondere mobilisierende Wirkung in der Wählerschaft für oder gegen DIE LINKE aus. Es herrschte in den beiden Ländern keine Wechselstimmung. Die Zufriedenheit mit den bestehenden Koalitionen war hoch, ein rot-rotes Bündnis, zumal unter Führung der LINKEN, erhielt die geringsten Zustimmungswerte in den Vorwahlbefragungen. Die SPD schlug mögliche rot-rote Bündnisse aus und setzte die Zusammenarbeit mit der CDU fort. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN birgt immer noch erhebliches Potential zur Spaltung der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Im Osten kommt die prinzipielle Weigerung der sozialdemokratischen Führung hinzu, als Juniorpartner in eine linke Regierung einzutreten. In Ost und West trifft DIE LINKE somit auf unterschiedliche Hürden für ihre weitere parlamentarische Entwicklung. Für jeden Landtagswahlkampf wird eine eigene Strategie gebraucht, die den landespolitischen Bedingungen angemessen ihre Rolle im Parteienwettbewerb bestimmt. DIE LINKE gilt nicht mehr als neue Partei, durch deren Wahl allein schon sich Protest gegen die etablierte ausdrückt. Diese Rolle dürfte nach dem Berliner Erfolg die Piraten-Partei übernehmen, die nicht nur die Aura des Neuen, sondern auch ein nichtprofessioneller, nicht zum Politikbetrieb gehörender Habitus zum Erfolg verhilft. DIE LINKE wird damit leben müssen, nunmehr zum Konzert der etablierten Parteien gezählt zu werden. Auch wird sie bei einer Wiederwahl stärker danach

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und weiteren Zahlen die Tabellen und Übersichten im Anhang.

gemessen, was sie in der Vergangenheit für ihre Wähler erreicht hat und wie sie in den kommenden Jahren etwas erreichen will. Auch für einen großen Teil der linken Wählerschaft zählt, was am Ende für sie dabei heraus kommt. Die jeweils angemessene Antwort zu finden, ist eine wesentliche Voraussetzung, um im Westen die Sperrklausel zu überwinden und im Osten das Stimmenniveau zu halten. Um tatsächlich erfolgreich zu sein, wird es schließlich immer auch auf die Bundespartei ankommen. Gegen den Bundestrend bzw. ohne Rückenwind durch bundespolitische Themen sind, so die Bilanz 2011, Wahlerfolge auf Länderebene nicht möglich.

### **Chancen und Risiken der Wählerwanderungen**

Der Blick auf die Wählerwanderungen 2011 gegenüber den Vorwahlen schärft den Blick für die strategischen Ausgangskonstellationen. Die Wieder- bzw. Stammwählerschaft ist im Westen zu klein, um die Partei über die fünf Prozent zu hieven. Die Altersstruktur der Wählerschaft führt zu hohen natürlichen Wählerverlusten. Ein besonderer Zustrom aus dem Potential der Nichtwähler ist nicht zu erwarten. Der größte Wähleraustausch findet weiterhin mit der SPD statt.

Die „Haltequote“, der Anteil derjenigen Wähler, die erneut DIE LINKE wählten, lag im Westen bei etwa 45%, d.h. mehr als die Hälfte der Wähler gingen verloren. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lag mit 65% deutlich höher, in Berlin dazwischen. Niedrige Wiederwählerquoten sind das Schicksal jeder neuen Partei, die sich aus der Wählerschaft anderer Parteien speist. Die Wählerbindung zu stärken, zählt daher zu den wichtigsten Aufgaben des Parteaufbaus in der zweiten Phase, in der es darum geht, erste Erfolge zu stabilisieren und zu bestätigen. Eine niedrige Stammwählerquote bei steigender oder gleichbleibender Stimmenzahl belegt allerdings nicht nur eine hohe Abwanderung, sondern auch eine entsprechende Zuwanderung von neuen Wählern. Mit anderen Worten: DIE LINKE kommt als Alternative weiterhin in Frage.

Die Wählerbewegungen selbst lassen sich in drei große Gruppen unterteilen. Von großer Bedeutung sind die Wählerverluste durch Tod. Allein in Berlin verstarben seit 2006 rund 17.000 Wähler und Wählerinnen. Diese natürlichen Wählerverluste konnten durch Gewinne bei Erst- und Jungwählern bei weitem nicht ausgeglichen werden. In Ost wie West verstetigte sich, mit Ausnahme der Hamburg-Wahl, die Tendenz, wonach DIE LINKE bei den über 45jährigen überdurchschnittliche Ergebnisse, bei den Jüngeren unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte und folglich von einer „natürlichen“ Schrumpfung der Stammwählerschaft ausgehen muss.

Der Austausch mit den Nichtwählern bildet die zweite Hauptgruppe der Wählerwanderung.. Nichtwähler bilden keine homogene Gruppe, ihre Parteipräferenzen bleiben oftmals bestehen, ihre Motive zur Wahlenthaltung sind sehr heterogen. Alle Parteien können beim Wähleraustausch verlieren oder gewinnen. In Hamburg verlor DIE LINKE 9.000 Wähler und gewann 5.000 von den Nichtwählern, in Berlin verlor sie 14.000 und gewann 17.000. Wenn die Wahlbeteiligung sinkt wie in Mecklenburg-Vorpommern verlieren alle Parteien an die Wahlabstinenten, mit der Ausnahme der im Aufschwung befindlichen Grünen. Wenn wie in Sachsen-Anhalt oder Berlin alle Parteien von den Nichtwählern gewinnen, sie gilt für eine Partei im rasanten Abschwung wie die FDP das Gegenteil. Für die LINKE sind solche gegenläufigen Trends nicht ermittelt worden. Von der stark angestiegenen Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg profitierte DIE LINKE im Umfang ihres Gesamtergebnisses; etwa zu 3% entschieden sich die ehemaligen Nichtwähler für sie. Die Nichtwählerschaft, das ist festzuhalten, bildet kein herausgehobenes Wählerpotential für DIE LINKE, zumindest im Vergleich von Wahlen auf einer institutionellen Ebene.

Die dritte Gruppe bildet der Austausch mit anderen Parteien. Betrachtet man die Bruttowanderungen, also die Verluste und die Gewinne, nicht nur ihre jeweiligen Salden, dann ist der Austausch mit SPD am größten. In Baden-Württemberg gingen 20.000 Stimmen an die SPD verloren und 19.000 wurden von ihr gewonnen, in Mecklenburg-Vorpommern glichen sich Gewinne und Verluste in Höhe von jeweils 13.000 aus und in Berlin wurden 13.000 Wähler und Wählerinnen an

den ehemaligen Koalitionspartner verloren und 15.000 von der SPD gewonnen. Zwei Ausnahmen sind festzuhalten. In Baden-Württemberg gab es die mit Abstand größten Verluste an die Grünen: diesen 38.000 Stimmen standen nur 5.000 Gewinne gegenüber. Hier setzten taktische Wähler auf die sichere grüne Bank, nachdem der Einzug der LINKEN in den Umfragen wacklig geworden war. Die zweite Ausnahme bilden die Verluste von 13.000 Stimmen an die Piratenpartei in Berlin, die insbesondere von jüngeren LINKE-Wählern als linksorientierte, sozial eingestellte Protestpartei wahrgenommen wurde.

### **Partei im „sozialstaatlichen Lager“**

Der große Wähler austausch mit der SPD deutet darauf hin, dass DIE LINKE als Partei in einem „sozialstaatlich orientiertem Lager“ mit der SPD wahrgenommen wird. Angesichts der Herkunft eines großen Teils der seit 2005 gewonnenen Wählerschichten wäre alles andere auch höchst erstaunlich. Vieles spricht dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die Parteien weiterhin einem bürgerlichen Lager (CDU, FDP) und einem linken Lager (SPD, Grüne, LINKE) zuordnen. So gibt es zum Beispiel im bürgerlichen Lager bis zu 80% Zustimmung für eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, im linken Lager wird dies überdeutlich abgelehnt. Zeigt sich in politischen Streitfragen diese Blockbildung, so „scheinen sich die Grünen insgesamt mehr und mehr in Richtung der politischen Mitte zu bewegen“. Denn dass für Veränderungen und Innovationen im Land „vor allem der Einzelne zuständig“ ist, teilen jeweils knapp die Hälfte der Parlamentarier von Union, FDP und Grünen, aber jeweils nur ein Drittel von LINKE und SPD.<sup>2</sup> Stimmt die Beobachtung, dass der Wechsel zwischen LINKE und SPD einer sozialstaatlich orientierten Wählerschicht ohne antikommunistisches Ressentiment relativ leicht fällt, so käme es für DIE LINKE nicht auf scharfe Abgrenzung gegen die SPD, sondern auf stärkere eigenständige Profilierung neben der SPD an. Für „bedrohte Arbeitnehmerschichten“ (Neugebauer) und gewisse Schichten sozial Prekarisierter die klarere und entschiedener Sozialstaatspartei zu sein, könnte dann Wahl entscheidend sein. Zumal auch bei den Stimmengewinnen von Union, Grünen oder anderen Parteien, soweit Themen den Ausschlag für den Wechsel gaben, weit überwiegend Themen aus der Arbeitswelt und des Sozialstaats den Unterschied ausmachten, und kaum Themen, bei denen DIE LINKE „katholischer“ als das Original, etwa als die Grünen beim Atomausstieg, sein wollte.

### **Eine neue Frage der Klasse?**

Der Vergleich zwischen den Wahlen auf einer Ebene, den Landtagswahlen liefert womöglich ein trügerisches Bild vermeintlicher Stabilität in der Wählergunst. Denn zwischen den Vergleichswahlen lagen, Ausnahme Hamburg, die Parteigründung im Juni 2007 und die Bundestagswahl 2009. Gemessen am Erfolg 2009 und darauf gebauten Erwartungen sind die Wahlergebnisse 2010/11 in der Tat enttäuschend und Ausdruck eines klaren Abwärtstrends, wie er auch in Umfragen zur politischen Stimmungslage seit der ersten Hälfte 2010 seinen Niederschlag findet. Vergleicht man die Stimmen bei der letzten Landtagswahl mit den Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, so erreicht DIE LINKE nur zwischen 27% (Rheinland-Pfalz) und 60% (Sachsen-Anhalt) der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl, im Schnitt aller Wahlen in Ost und West etwa 50%, während die Zahl der gültigen Stimmen über 80% betrug. Die FDP erreichte nur noch weniger als 30%, die Union lag etwas über dem Durchschnitt und SPD und Grüne erreichten trotz niedriger Wahlbeteiligung bei fast allen Wahlen mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl. Diese Zahlen illustrieren die gleiche Kräfteverschiebung wie die Landtagswahlergebnisse selbst.

Für die Bewertung der Zahlen für DIE LINKE kommt es darauf an, wie die Ausgangsbasis gewichtet wird: War das Bundestagswahlergebnis so gut oder das folgende Landtagswahlergebnis so schlecht?

<sup>2</sup> Ulrich von Alemann, Joachim Klewes, Christina Rau: Die Bürger sollen es richten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44-45/2011, S. 25-32, hier S. 31f.

Die Demobilisierung der LINKEN Wählerschaft setzte offenbar bereits bald nach der Bundestagswahl ein, denn schon in Nordrhein-Westfalen erhielt DIE LINKE im Mai 2010 nur noch 55% der Zweitstimmen der Bundestagswahl. Bei den Europawahlen, gut drei Monate vor der Bundestagswahl, waren es aber noch weniger Stimmen. Es ist kaum anzunehmen, dass es so scharfe Wechsel in der Zustimmung zu einer Partei binnen weniger Monate gibt. Die Ursache besteht zu einem erheblichen Teil darin, dass viele Wähler den Wahlen auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen ein unterschiedliches Gewicht zumessen. In der linken Wählerschaft ist der Anteil derjenigen relativ groß, die Bundestagswahlen noch für irgendwie bedeutsam halten, aber Wahlen zum Europäischen Parlament, zu Landtagen oder Kommunalparlamenten nicht ihrer Wahlbeteiligung für Wert erachten. Zumindest für größere Städte lässt sich sagen: Es sind insbesondere von sozialer Ausgrenzung bedrohte Wähler aus Vierteln mit hohem Anteil von Erwerbslosen, Migranten und Sozialleistungsbeziehern, die bei Wahlen auf unteren Ebenen scheinbar nicht mehr zu mobilisieren sind.

Im Vergleich der Wahlbeteiligung auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen hat eine sinkende Wahlbeteiligung in den vergangenen zehn Jahren ein klassenspezifisches Gesicht bekommen. Es sind vor allem die unteren Schichten, die sich aus dem Verfahren demokratischer Repräsentation verabschieden und auch für Formen direkter Demokratie oder Bürgerbeteiligung aus verschiedenen Gründen wenig bis gar nicht zu begeistern sind.<sup>3</sup> Wenn diejenigen, die auf feste Regeln in der Arbeitswelt und auf sozialstaatliche Leistungen am dringendsten angewiesen wären, gar nicht mehr wählen gehen, schwindet der mit dem allgemeinen Wahlrecht verbundene massendemokratische Impuls, der zum Auf- und Ausbau des modernen deutschen Sozialstaates maßgeblich beigetragen hat. Politikwissenschaftler sprechen hier dann von einer „Repräsentationslücke“.

Für DIE LINKE offenbart sich hier ein strukturelles Problem: Von einem Teil ihrer Wählerschaft, man kann es auf ein Drittel der Bundestagsstimmen schätzen, wird sie nur als bundespolitische Kraft wahrgenommen. Dieser Teil, für den DIE LINKE ihre politischen Projekte auch und vor allem entwickelt, bleibt bei Landtagswahlen zu Hause, was wiederum Rückwirkungen auf die bundespolitische Ausstrahlung der Partei hat. Auch der bürgerliche Sieg beim Hamburger Schulentscheid 2010 zeigt dieses Phänomen. Zu der sich ausbreitenden Erfahrung der sozialen Ausgrenzung und der politischen Abkopplung, wonach im politischen Betrieb eben nicht jede Stimme gleich zählt, wonach es auf ‚unsereinen‘ ohnehin nicht ankommt - hierzu gelingt es der LINKEN bisher nicht, eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln. Hier Mobilisierungserfolge zu erzielen und zu verstetigen, dürfte für den Ausbau eines eigenen Wählermilieus, das nicht immer wieder von Wahl zu Wahl konstellations- oder thementaktisch in Konkurrenz zu anderen Parteien gewonnen werden muss, maßgeblich sein. Erfolge sind auf diesem Feld nur langfristig zu erzielen, wenn die Fragen der symbolischen und habituellen Repräsentanz und der praktischen Durchsetzung von Verbesserungen aus der Sicht der Wähler positiv beantwortet werden. Beide Aufgaben sind nicht einfach. Erfolgreiche Durchsetzungsstrategien leben davon, dass dort, wo DIE LINKE vertreten ist, also gerade auch auf Ebene der Länder und Kommunen Verbesserungen populär durchgesetzt werden können. Repräsentanz lebt davon, dass sich die Wählerinnen und Wähler im Habitus, in der Sprache und in den Positionen des Gewählten wiedererkennen.

### **Abstand zum Alltagsbewusstsein?**

Bedenklich stimmt hinsichtlich dieser spezifischen Repräsentationsfunktion für von Ausgrenzung bedrohte Schichten, dass DIE LINKE inzwischen weitgehend als Teil des etablierten Politikbetriebes wahrgenommen wird. Glaubt man jüngsten Befragungen, so gilt auch für linke Politikerinnen und

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu die empirischen Befunde von Johanna Klatt in: Johanna Klatt, Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld 2011.

Politiker „die herausragende Erkenntnis (...), dass Bürger und Politiker in völlig unterschiedlichen Wertewelten leben“<sup>4</sup>. In einer repräsentativen Befragung wurden Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene sowie Wählerinnen und Wähler nach ihren „fünf wichtigsten Werten“ aus 18 Vorgaben befragt. Für die Politiker der LINKEN rangierten „Gerechtigkeit“ (96%), „Toleranz“ (85%), „Ehrlichkeit“ (46%) sowie „Zuverlässigkeit“ und „Aufrichtigkeit“ (je 38%) obenan, für die LINKE-Wählerschaft „Gerechtigkeit“ (61%), „Respekt“ und „Ehrlichkeit“ (je 52%) sowie „Familie“ und „Toleranz“ (je 46%). In der Summe aller Werte waren die Abweichungen zwischen linken Parlamentariern und befragten Wählern am größten (207 Punkte), gefolgt von Grünen (163) und SPD (159), am nächsten waren sich Unions-Abgeordnete und Wähler (Differenz 95 Punkte). Diese Ergebnisse sprechen nicht dafür, dass die Parlamentarier der Linken besser als andere wüssten, wie ihre Wähler „ticken“ und was ihnen wichtig ist.

Die Politikwissenschaftler halten fest: „Auf Seiten der Wähler werden Werte wie Treue, Pünktlichkeit, Freundschaft und Loyalität in den Vordergrund gestellt, die von den Politikern deutlich weniger stark präferiert werden. Dafür betonen Abgeordnete aller Parteien politisch-ideologisch besetzte Begriffe wie Toleranz und Gerechtigkeit viel stärker, als es dem Bedeutungsempfinden ihrer Wähler entspricht. Die Politiker lieben es offenbar „abstrakt“, die Bürger denken in Kategorien von Nähe und Pragmatismus.“ Und weiter: „Denkbar ist, dass es sich um ein Phänomen der politischen Klasse handelt: Parteipolitiker präferieren in ihrer Rolle konventionelle Werte, von denen sie glauben, dass sie in der öffentlichen Wertschätzung hoch angesehen werden. Bürger und Wähler dagegen präferieren eher Alltagswerte, die das unmittelbare menschliche Zusammenleben prägen und bestimmen.“<sup>5</sup> Offensichtlich stehen die Parlamentarier der LINKEN genauso oder gar stärker in Gefahr, am Alltagsbewusstsein der Wählerinnen und Wähler vorbei zu kommunizieren und Authentizität einzubüßen – schlechte Voraussetzungen, um von der Politik tief enttäuschte Wählerschichten davon zu überzeugen, dass Repräsentation durch linke Parlamentsvertreter eine lohnende Sache ist.

Die Abwendung vom Politikbetrieb speist sich aus zwei realen Veränderungen: der Verselbständigung von Parteien und Parlamentariern zu einer politischen Elite, deren Durchlässigkeit für Repräsentanten aus dem Volk deutlich abgenommen hat, deren Verfasstheit durchaus als populärwissenschaftliche Bestätigung des „ehernen Gesetzes der Oligarchie“ (Robert Michels) betrachtet werden kann, und die Selbstenmachtung der Politik durch die jahrzehntelange Abgabe von Entscheidungsverantwortung an die „Weisheit“ der anonymen „Märkte“. Genauso wie es Regeln für die Märkte braucht, benötigt der demokratisch-repräsentative Politikbetrieb, könnte es von links heißen, neue institutionelle Regeln, die der Verselbständigung entgegen wirken und die Anbindung an die vielen Lebenswelten der Wähler stärken. Zu denken wäre an ein Verbot der Parteispenden von Unternehmen und Begrenzung der Höhe von Privatspenden, wie es bereits im Programm der LINKEN steht; oder an die Begrenzung der Mandate auf zwei oder drei Legislaturperioden mit Ausnahme von Direktmandaten; oder an die Nichtbesetzung von Mandaten entsprechend dem Anteil der Nichtwähler und Ausschüttung der ersparten Gelder an internationale Hilfsprojekte. Welche Regelungen von links letztlich stellvertretend popularisiert werden, ist nicht so entscheidend wie das Ziel: die Wiederherstellung der Institutionen demokratischer Repräsentation in Zeiten, in denen die Regierung in Richtung eines autoritären, europäischen Kapitalismus marschiert und aus der sozialen Mitte der Gesellschaft, aus der aktiven Bürgerschaft, der Ruf nach mehr direkter Demokratie und Beteiligung laut wird, um ihren Interessen punktuell gegenüber den Gewählten und

<sup>4</sup> Alemann u.a., a.a.O., S. 26

<sup>5</sup> Alemann u.a., a.a.O., S. 26-28.

den Netzwerken aus großen Lobbyisten und Ministerialdemokratien stärker Geltung verschaffen zu können.

### **Die Große Krise und linker Antikapitalismus – nur ein grandioses Missverständnis?**

Seit der Bundestagswahl 2009 haben sich nicht nur die parteipolitischen Konstellationen für DIE LINKE geändert, etwa weil die SPD ebenfalls wieder auf der Oppositionsbank sitzt. Gleichzeitig haben sich ausgehend vom Herbst 2008 erhebliche Verschiebungen in der öffentlichen Debatte bis ins Alltagsbewusstsein hinein ergeben: Kapitalismuskritik ist berechtigt, notwendig und derzeit im Feuilleton wie auf den Wirtschaftsseiten chic; in Europa ist Deregulierung weitgehend out, Regulierung und eine ordentliche Portion staatlicher Einfluss werden wieder allgemein nachgefragt. Mindestlöhne, „Lohnuntergrenzen“ sind kein Teufelszeug mehr. Mit anderen Worten: DIE LINKE hat auf ganzer Linie recht gehabt. Aber sich in Zeiten allgemeiner Verunsicherung auf das Experiment einer neuen Gesellschaftsordnung einlassen, das vertraut der Linken auch kaum jemand an. Da setzt man doch mehr auf die bewährten Kräfte. Hat sich nicht die korporatistische Krisenstrategie von Regierung und Gewerkschaft bewährt? Wurde nicht das Versprechen, dass Sparguthaben, Lebensversicherungen und Riester-Renten sicher seien, gehalten? Die Sicherung der eigenen Zinsansprüche gegenüber der griechischen, portugiesischen, spanischen, kurz anderen Volkswirtschaft, die Verwiesenheit und Hoffnung auf korporatistische Rettungsmaßnahmen für den eigenen Arbeitsplatz, das sind gerade in der Krise vermeintlich gute Argumente, um der LINKEN fern zu bleiben, die in ihrer analytischen und politischen Ansprache wohl nur unzureichend zu erkennen gibt, dass sie mit diesen lebensweltlichen Sorgen vertraut ist - und behutsam vorgehen wird, denn offensichtlich handelt es sich um hochkomplexe und wenig übersichtliche Wirkungszusammenhänge.

Nun, in der neuen Krisenstufe, kommt hinzu, dass die Krise überall in Europa herrscht, nur in der deutschen Volkswirtschaft (noch) nicht, also von den Regierenden vieles richtig gemacht wurde. Derartige Mechanismen der Krisenverarbeitung, gepaart mit verbalradikalem Antikapitalismus, hat Richard Detje treffend als „adressatenlose Wut“ bei Vertrauensleuten der IG Metall beschrieben.<sup>6</sup> Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Formen des Alltagsbewusstseins weit verbreitet sind.

Die Krisenlösungsstrategien auch der LINKEN siedeln fachlich und sprachlich noch viel zu sehr auf der Ebene der Experten und Regierungskonferenzen und viel zu wenig in der sozialen Lebenswelt und ihren Handlungsmöglichkeiten, als dass von ihnen eine oppositionelle, alternative Sogwirkung ausgehen könnte. DIE LINKE wird von ihren Wählerinnen und Wählern nicht gebraucht, um die Banken- und Finanzwelt zu regulieren, sondern um ihr soziales und gemeinsames Eigentum in der Krise zu bewahren: Arbeit, Einkommen, Verkehr, Schulen, Sozialstaat, Gesundheit. Und sie wird gebraucht, um im sozialen Alltag Handlungsmöglichkeiten und Adressaten anzubieten. Diese Lücke zwischen politischen Vorhaben, Lebenswelt und Handlungsbedingungen müsste dringend geschlossen werden, um eine stärkere Wählerbindung zu erzielen.

### **Eine strukturelle Schwäche im Parteaufbau**

Die Fragen von Repräsentanz und politischer Kommunikation führen somit zu einem dritten und letzten Aspekt, der in dem zurückliegenden Wahlzyklus offenbar wurde. Hinter dem Charakter als bundesweite Parlamentspartei mit starker Abhängigkeit von medial vermittelter Politik, hinter einer hohen Affinität zur Event-Politik und permanenten Wahlkampfmobilisierungen traten die Anforderungen eines stetigen Parteaufbaus als Mitgliederpartei zurück, was sich dann gerade bei Wahlen Landes- und Kommunalebene bemerkbar macht.

Auch die LINKE muss ihre politischen Vorhaben unter den herrschenden Umständen entfalten und ist auf die Kommunikation ihrer Positionen über die Medien angewiesen. Medien unterliegen eigenen technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie Mechanismen der medialen Ökonomie der

<sup>6</sup> Richard Detje, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg 2011.

Aufmerksamkeit.<sup>7</sup> Die extreme Medialisierung und Personalisierung der Parteipolitik macht um die LINKE keinen Bogen. Hängen Ansehen und Vertrauenskapital einer Partei stark von einer glaubwürdigen Botschaft der medialen Inszenierung einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern und –politikerinnen ab, so macht sie dies in hohem Maße und auf allen Ebenen von öffentlichen Stimmungsumschwüngen abhängig: „Die Konzentration der elektoralen Medienaufmerksamkeit auf wenige bundespolitische Spitzenakteure hat dazu noch den fatalen Effekt, dass mittlerweile bei Regional- und Kommunalwahlen untere Parteigliederungen in Verantwortungshaft genommen werden und ihr elektorales Wohl und Wehe von der bundespolitischen Großwetterlage bestimmt wird.“<sup>8</sup> Gewisse Ähnlichkeiten mit der medialen Präsentation der LINKEN in den vergangenen zwei Jahren und den aktuellen Wahlergebnissen sind nicht von der Hand zu weisen. Hinzu kommt, dass politisches Handeln und Kampagnen weitgehend der Logik der event-Politik folgen, eine ständige Mobilisierung der Aktiven auch gegen die Bedürfnisse des sozialen, lebensweltlichen Alltags verlangen.

Gegen diese Abhängigkeiten, gegen die Gefahr zum Spielball der Medien zu werden, gibt es keine abschließende Rückversicherung. Eine Partei kann über lebendige und im sozialen Alltag verankerte Parteistrukturen lediglich mehr oder weniger starke Gegengewichte schaffen. Hierauf wurden allerdings in den vergangenen Jahren, nach den raschen Wahlerfolgen, zu wenig Aufmerksamkeit und Ressourcen gelenkt. Vielerorts hat die LINKE keine Anschrift und kein Gesicht. Und zu oft arbeiten die Parteistrukturen binnenorientiert statt mit dem Gesicht nach außen.

Der Weg zu einer stärkeren Wählerbindung führt aber unweigerlich über die Mitgliederpartei. Mitgliederparteien charakterisiert eine auf mittlere Sicht (nach)wachsende Mitgliedschaft, die sich selbst als Partei in vierfacher Weise fordert: als eine lernende Organisation, als Ort praktischer Solidarität, als sozialer Akteur und als politischer Akteur.<sup>9</sup>

Eine Mitgliederpartei transportiert Alltagsbewusstsein und Lebenswelt in die Partei und bildet so ein Korrektiv gegen die Gefahr der Umfragehörigkeit. Eine Mitgliederpartei entwickelt zudem Handlungsmöglichkeiten, Strategien der Veränderung und der Aneignung der eigenen Lebensumstände im sozialen Feld selbst. Denn das Verständnis linker Parteien als Mitgliederparteien gründet auf der Annahme, dass politische Veränderungen durch gesellschaftliche Veränderungen, soziale Kräfte und politische Auseinandersetzungen im vorparlamentarischen Raum, jenseits des politischen Systems im engeren Sinne, vorbereitet und getragen werden. Veränderungen, deren Reichweite über das politische System hinausgeht, kommen nicht aus dem politisch-parlamentarischen System. Meistens werden Veränderungen dort nur ratifiziert, manchmal geburtshelferisch beschleunigt. Die Potentiale und Kräfte der Veränderung entstehen an ganz unterschiedlichen Stellen der Gesellschaft und in ihrem Wechselspiel. Organisationen und Parteien, die als politische Akteure nur im politischen System verankert sind, werden von der „dialektischen Entfaltung der Beziehungen“ im „politischen Körper des Kapitalismus“ immer wieder überrascht und an den Rand gedrängt werden.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vgl. hierzu als knappe aktuelle Zusammenfassung: Paula Diehl, Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation; in: Berliner Debatte Initial 22 (2011) Heft 1, S. 27-39.

<sup>8</sup> Ebd. Auch für DIE LINKE liegt die Mobilisierungsfähigkeit bei Landtags- und Kommunalwahlen deutlich unter derjenigen bei Bundestagswahlen, bei denen die bekannten Gesichter zur Wahl stehen. Das diese Abhängigkeit von Personen und Medien nicht zwangsläufig ist, zeigen der jüngste Wahlerfolg der Piraten in Berlin und ihre anschließenden bundesweiten Umfragewerte.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Horst Kahrs: Mal wieder die Organisationsfrage; erscheint derzeit in: „LuXemburg“, Heft 4/2011.

<sup>10</sup> Vgl. David Harvey: Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Hamburg 2010 (Supplement der Zeitschrift „sozialismus“ 11/2010), S. 12f.

Die Partei als politischer und sozialer Akteur im Unterschied zu anderen Parteien – das ist die Frage nach ihrer Fähigkeit, zusammen mit anderen neue Räume, Sichtweisen, Horizonte zu erschließen, in denen die praktische Erfahrung wächst, dass man etwas ändern kann, dass man sich Teile der eigenen alltäglichen Lebensbedingungen aneignen kann. Damit einher geht eine erweiterte Sichtweise: Es gilt nicht mehr nur oder vor allem zu fragen, wo Erwerbslose, Niedrigverdiener, Prekäre und andere die „Opfer“ herrschender Verhältnisse und Politik, also Objekt sind, sondern ebenso zu fragen, wo und wie sie zum sozialen Subjekt werden können und was eine linke Partei dazu beitragen kann.

Mit der Piraten-Partei sind die Rituale des Politikbetriebes, die Verfahren demokratischer Politik wie Offenheit, Transparenz, Beteiligung, Lernfähigkeit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Diese Fragen berühren große Teile der linken Wählerschaft auf andere Weise ebenfalls. Die Wiederaneignung der Politik, der öffentlichen Angelegenheiten, die öffentlich sind, weil sie alle angehen, durch diejenigen, deren Interessen systematisch übergangen oder ausgegrenzt wurden, das ist, jenseits wechselnder thematischer Zuspitzungen, der Lebenszweck einer linken Partei. Davon hängt dann auf Dauer nicht nur die parlamentarische Existenz und Stärke ab, sondern auch ihre Authentizität und politische Eigenständigkeit. Das Wahljahr 2011 hat gezeigt, dass noch ein Stück Weg zu bewältigen ist.

## Anhang

### Eine Bilanz des Wahlzyklus 2010/2011 - Tabellen

Tab 1: Die Wahlergebnisse im Frühjahr 2011 - Stimmenanteile im Überblick

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland - Pfalz		Baden-Württemberg		Bremen		Mecklenburg-Vorpommern		Berlin	
	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-
<b>Beteiligung</b>	57,3	-6,2	51,2	6,8	61,8	3,6	66,2	12,8	55,5	-3,0	51,5	-7,6	60,2	2,2
<b>CDU</b>	21,9	-20,7	34,3	-1,3	35,2	2,4	39,0	-5,2	20,4	-5,2	23,0	-5,7	23,4	2,1
<b>SPD</b>	48,4	14,3	21,6	-1,7	35,7	-9,9	23,1	-2,1	28,6	1,9	35,6	5,3	28,3	-2,5
<b>Grüne</b>	11,2	1,6	6,7	4,4	15,4	10,8	24,2	12,5	22,5	6,0	8,7	5,4	17,6	4,5
<b>LINKE</b>	6,4	0,0	24,6	-0,6	3,0	0,4	2,8	-0,3	5,6	-2,8	18,4	1,6	11,7	-1,7
<b>FDP</b>	6,7	1,9	3,5	-4,1	4,2	-3,8	2,8	-0,3	2,4	-3,6	2,8	-6,8	1,8	-5,8
<b>NPD</b>	0,9	0,9	4,6	4,6	1,1	-0,1	1,0	0,3	1,6	1,6	6,0	-1,3	2,1	-0,5
<b>Piraten</b>	2,1	1,9	1,4	1,4	1,6	1,6	2,1	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9	8,9	8,9

**Tab 2: Veränderung der Stimmzahl (Zweit-/Landesstimmen bei den Landtagswahlen 2011**

	Gültige					
	Stimmen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	-483.468	-1.014.806	-383.170	431.869	13.963	148.744
Sachsen-Anhalt	91.248	-3.702	20.857	38.805	-22.036	17.716
Rheinland-Pfalz	115.077	84.145	-132.560	207.078	-61.522	11.228
Baden-Württemberg	1.023.104	195.146	156.387	743.293	-159.210	17.947
Mecklenburg-Vorpommern	-136.686	-78.381	-5.061	31.362	-59.497	-11.725
Berlin	78.862	46.966	-10.930	76.075	-77.668	-14.356
Summe 2011	1.171.605	244.174	28.693	1.096.613	-379.933	20.810

HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

**Tab 3a: Differenz Zweitstimmen Landtagswahl gegenüber Bundestagswahl 2009 absolut**

	Wähler					
	_innen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	-1.623.438	-429.778	-3.138	-4.669	-872.325	-354.187
Sachsen-Anhalt	-209.219	-39.292	10.761	9.188	-86.254	-154.445
Rheinland-Pfalz	-324.814	-109.013	145.827	76.518	-285.330	-149.126
Baden-Württemberg	-478.301	69.431	101.396	450.534	-760.174	-249.937
Mecklenburg-Vorpommern	-174.065	-130.512	98.644	11.163	-66.260	-126.008
Berlin	-266.223	-52.188	65.042	-42.595	-171.600	-177.832
Summe (ohne HH, HB)	-3.076.060	-691.352	418.532	500.139	-2.241.943	-1.211.535

HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

**Tab 3b: LTW-Stimmen in von Hundert BTW-Stimmen**

	Wähler					
	_innen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	82,9%	86,2%	99,9%	99,5%	37,4%	55,2%
Sachsen-Anhalt	82,9%	89,2%	105,3%	114,9%	30,7%	60,3%
Rheinland-Pfalz	85,5%	85,8%	128,0%	136,1%	21,8%	27,3%
Baden-Württemberg	91,4%	103,7%	109,6%	159,6%	25,7%	35,9%
Mecklenburg-Vorpommern	80,3%	54,6%	168,7%	123,3%	22,2%	49,9%
Berlin	84,8%	86,7%	118,7%	85,8%	13,6%	49,0%
Summe (ohne HH, HB)	85,4%	89,8%	108,5%	121,5%	29,7%	49,0%

HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

**Tab 4: Gewonnene bzw. verlorene Landtagsmandate**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Hamburg	-28	+17	+2	+9	-
Sachsen-Anhalt	+1	+2	+9	-7	+3
Rheinland-Pfalz	+3	-9	+18	-10	
Baden-Württemberg	-9	-3	+19	-8	
Bremen	-3	+3	+7	-5	-2
Mecklenburg-Vorpommern	-4	+4	+7	-7	+1
Berlin	+2	-5	+7	-13	-3
Summe	-38	+9	+69	-41	-1

**Tab 5: Präsenz in den Landtagen „kleine Parteien“**

	Grüne	FDP	LINKE	Andere
Nordrhein-Westfalen	ja	ja	gewonnen	
Hamburg	ja	gewonnen	ja	
Sachsen-Anhalt	gewonnen	verloren	ja	
Rheinland-Pfalz	gewonnen	verloren	nein	
Baden-Württemberg	ja	ja	nein	
Bremen	ja	verloren	ja	DVU: verloren BIW: gewonnen
Mecklenburg-Vorpommern	gewonnen	verloren	ja	NPD: ja
Berlin	ja	verloren	ja	Piraten: gewonnen

**Tab 6: Machtverteilung**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	verloren	gewonnen	gewonnen	verloren	gewonnen
Hamburg	verloren	gewonnen	verloren		
Sachsen-Anhalt					
Rheinland-Pfalz		(verloren)	gewonnen		
Baden-Württemberg	verloren	gewonnen	gewonnen	verloren	
Bremen					
Mecklenburg-Vorpommern					
Berlin	gewonnen				verloren

**Tab 5: Übersicht Wahlziele und Bewertung Wahlergebnisse**

Land	Wahlziele	Wahlergebnis
Nordrhein-Westfalen	Einzug in den Landtag	Ja
	Richtungswechsel nicht scheitern lassen	offen (Ja)
Hamburg	Wiedereinzug in Bürgerschaft	Ja
	prozentualer Zuwachs	Nein
Sachsen-Anhalt	Stärkste Partei	Nein
	Ministerpräsident	Nein
	Regierungspartei	Nein
Rheinland-Pfalz	Einzug in den Landtag	Nein
	Richtungswechsel nicht scheitern lassen	Ja
Baden-Württemberg	Einzug in den Landtag	Nein
	Richtungswechsel nicht scheitern lassen	Ja
Bremen	Wiedereinzug in Bürgerschaft	Ja
	prozentualer Zuwachs	Nein
Mecklenburg-Vorpommern	Stärkste Partei	Nein
	Ministerpräsident	Nein
	Regierungspartei	Nein
Berlin	Prozentualer Zuwachs	Nein
	Regierungspartei	Nein

**Tab 6: Relative Zusammensetzung der Wählerschaft der LINKEN nach sozialen Merkmalen**  
(Angaben in Prozent)

	BE		MV	HB	BW	RLP	ST	HH	NRW 2010	BTW 2009	
	Ost	West								Ost	West
<b>Geschlecht</b>											
männlich	51	59	51	54	55	57	51	54	64	51	56
weiblich	49	41	49	46	45	43	49	46	36	49	44
<b>Alter</b>											
18-29 Jahre Mann	4	10	4	9	7	7	4	9	8	6	10
18-29 Jahre Frau	4	7	4	10	5	10	4	10	5	7	9
30-44 Jahre Mann	9	10	7	11	14	14	9	14	14	11	15
30-44 Jahre Frau	8	8	8	11	10	11	9	13	11	12	12
45-59 Jahre Mann	16	21	17	20	20	21	17	21	28	17	18
45-59 Jahre Frau	15	13	19	16	19	14	18	15	14	16	13
60 u. älter Mann	22	18	22	9	13	14	19	8	14	13	10
60 u. älter Frau	21	12	17	6	11	8	17	7	7	11	7
<b>Erwerbsstatus</b>											
berufstätig	42	47	47		59	60	43		56	53	58
Rentner	36	30	39		20	17	35		22	25	17
arbeitslos	3	10	7		3	7	9		7	10	7
<b>Berufsgruppe</b>											
Arbeiter	21	20	32	18	30	39	35	18	31	37	33
Angestellte	49	45	45	42	41	36	41	47	39	36	42
Beamte	4	5	4	6	7	5	4	7	6	7	5
Selbständige	8	17	7	10	8	9	5	14	10	13	7
Landwirte			3		-	1	3			1	1
<b>Gewerkschafter</b>											
Gewerkschafter Arbeiter	4	4	6		10	3	7		11	8	10
Gewerkschafter Angestellter	7	11	8		9	6	9		9	8	10
<b>Konfession</b>											
katholisch	2	4	2		25	40	3		31	3	27
evangelisch	7	26	15		28	28	13		29	17	36
keine	71	58	76		35	26	75		25	73	27
<b>Schulbildung und Alter</b>											
<b>unter 35 Jahre</b>											
Hauptschule	0	1	1	2	1	5	1	1	2	1	4
Mittlere Reife	4	4	5	6	6	9	5	6	4	9	10
Hochschulreife	3	10	4	10	7	10	3	11	7	6	7
Hochschulabschluss	4	8	2	5	1	0	1	7	2	2	3
<b>über 35 Jahre</b>											
Hauptschule	8	11	11	11	21	32	15	10	22	14	24
Mittlere Reife	21	21	33	17	26	19	34	14	22	34	22
Hochschulreife	12	10	13	14	11	10	9	17	16	10	12
Hochschulabschluss	27	27	21	20	13	8	16	23	13	15	10

Alle Zahlen nach den jeweiligen Wahlberichten der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

**Tab 7: DIE LINKE - Wiederwähler und Wechselwähler 2011**

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	2011	2008	2011	2006	2011	2008	2011	2006
Wählerstimmen	45.000	50.000	235.000	214.000	56.000	44.000	139.000	121.000
Wiederwähler 2011	22.000	22.000	145.000	145.000	24.000	24.000	52.000	52.000
gewechselte Wähler	23.000	28.000	90.000	69.000	32.000	20.000	87.000	69.000
	Wieder- und Wechselwähler in v.H.							
Wiederwähler 2011	48,9%	44,0%	61,7%	67,8%	42,9%	54,5%	37,4%	43,0%
gewechselte Wähler	51,1%	56,0%	38,3%	32,2%	57,1%	45,5%	62,6%	57,0%
	Mecklbg-Vorp.		Berlin				Summe	
	2011	2006	2011	2006			2011	2006/08
Wählerstimmen	124.000	135.000	170.000	184.000			769.000	748.000
Wiederwähler 2011	85.000	85.000	103.000	103.000			431.000	431.000
gewechselte Wähler	39.000	50.000	67.000	81.000			338.000	317.000
	Wieder- und Wechselwähler in v.H.							
Wiederwähler 2011	68,5%	63,0%	60,6%	56,0%			56,0%	57,6%
gewechselte Wähler	31,5%	37,0%	39,4%	44,0%			44,0%	42,4%

**Tab 8: Natürliche Wählerverluste gegenüber Vorwahl und Gewinne bei Erstwählern und Zuzüglern**

	Tod	Wegzug	Summe	Anteil Vorwahl	Erst-	Zuzug	Summe	Anteil
					wähler			Aktuell
Hamburg	2.000	3.000	5.000	10%	2.000	4.000	6.000	13%
Sachsen-Anhalt	26.000	5.000	31.000	14%	8.000	5.000	13.000	6%
Rheinland-Pfalz	3.000	1.000	4.000	9%	4.000	3.000	7.000	13%
Baden-Württemberg	0	0	0		6.000	14.000	20.000	14%
Mecklenburg-Vorpommern	11.000	4.000	15.000	11%	4.000	2.000	6.000	5%
Berlin	17.000	6.000	23.000	13%	6.000	11.000	17.000	10%
	59.000	19.000	78.000		30.000	39.000	69.000	

**Tab 9: Verteilung der Stimmen von Erstwählerinnen und -wählern**

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
CDU	3.000	14,3%	10.000	22,7%	26.000	23,4%
SPD	9.000	42,9%	7.000	15,9%	37.000	33,3%
Grüne	3.000	14,3%	4.000	9,1%	27.000	24,3%
LINKE	2.000	9,5%	8.000	18,2%	4.000	3,6%
FDP	1.000	4,8%	2.000	4,5%	4.000	3,6%
Andere	3.000	14,3%	13.000	29,5%	13.000	11,7%
Summe	21.000	100%	44.000	100%	111.000	100%
	Baden-Württemberg		Mecklbg-Vorp.		Berlin	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
CDU	94.000	30,6%	7.000	25,0%	11.000	15,5%
SPD	76.000	24,8%	5.000	17,9%	19.000	26,8%
Grüne	82.000	26,7%	4.000	14,3%	12.000	16,9%
LINKE	6.000	2,0%	4.000	14,3%	6.000	8,5%
FDP	11.000	3,6%	1.000	3,6%	1.000	1,4%
Andere	38.000	12,4%	7.000	25,0%	22.000	31,0%
Summe	307.000	100%	28.000	100%	71.000	100%

Berlin: Von den "Anderen" entfallen 12.000 Erstwähler-Stimmen auf die Piraten-Partei

Mecklenburg-Vorpommern: Von den "Anderen" entfallen 3.000 Erstwähler-Stimmen auf die NPD

Sachsen-Anhalt: Von den "Anderen" entfallen 6.000 Erstwähler-Stimmen auf die NPD.

**Tab 10: Austausch der Parteien mit den Nichtwählern (NW)**

Abstrom an NW Zustrom von NW	Hamburg			Sachsen-Anhalt			Rheinland-Pfalz		
	Abstrom	Zustrom	Saldo	Abstrom	Zustrom	Saldo	Abstrom	Zustrom	Saldo
CDU	86.000	9.000	-77.000	21.000	70.000	49.000	34.000	49.000	15.000
SPD	39.000	29.000	-10.000	12.000	50.000	38.000	45.000	47.000	2.000
Grüne	14.000	8.000	-6.000	2.000	21.000	19.000	4.000	39.000	35.000
LINKE	9.000	5.000	-4.000	10.000	40.000	30.000	3.000	7.000	4.000
FDP	10.000	4.000	-6.000	9.000	9.000	0	12.000	4.000	-8.000
Andere	3.000	5.000	2.000	11.000	28.000	17.000	26.000	20.000	-6.000
Summe Parteien	161.000	60.000	-101.000	65.000	218.000	153.000	124.000	166.000	42.000
Abstrom an ... Zustrom von ...	Baden-Württemberg			Meckl.burg-Vorp. 2011(2006)			Berlin 2011 (2006)		
	Abstrom	Zustrom	Saldo	Abstrom	Zustrom	Saldo	Abstrom	Zustrom	Saldo
CDU	73.000	294.000	221.000	42.000	8.000	-34.000	37.000	37.000	0
SPD	44.000	206.000	162.000	30.000	17.000	-13.000	38.000	42.000	4.000
Grüne	8.000	274.000	266.000	4.000	5.000	1.000	8.000	17.000	9.000
LINKE	3.000	28.000	25.000	14.000	8.000	-6.000	14.000	17.000	3.000
FDP	25.000	40.000	15.000	13.000	1.000	-12.000	16.000	2.000	-14.000
Andere	24.000	73.000	49.000	32.000	7.000	-25.000	22.000	39.000	17.000
Summe Parteien	177.000	915.000	738.000	135.000	46.000	-89.000	135.000	154.000	19.000

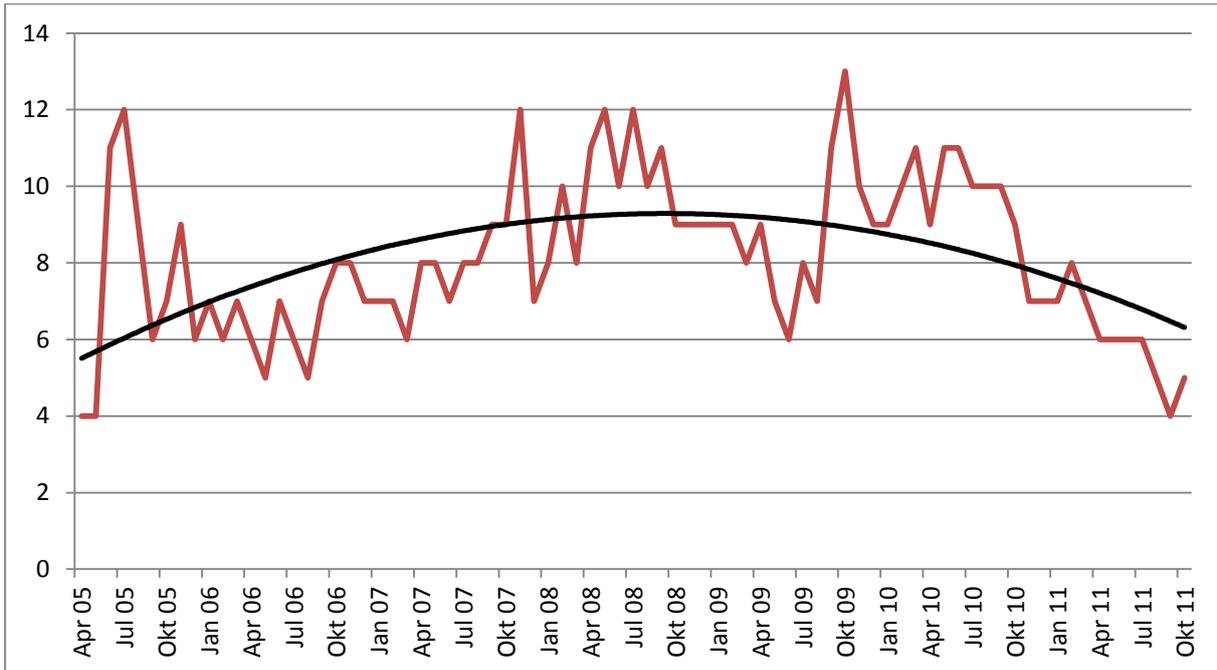
Tab 11: Wähler austausch mit anderen Parteien

Abstrom an ...	Hamburg			Sachsen-Anhalt			Rheinland-Pfalz		
	Zustrom	Abstrom	Saldo	Zustrom	Abstrom	Saldo	Zustrom	Abstrom	Saldo
CDU	3.000	1.000	2.000	11.000	4.000	7.000	3.000	1.000	2.000
SPD	5.000	9.000	-4.000	17.000	12.000	5.000	11.000	3.000	8.000
Grüne	4.000	2.000	2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000	6.000	-4.000
FDP	0	0	0	3.000	0	3.000	1.000	0	1.000
Piraten									
NPD				0	2.000	-2.000			
Andere	0	2.000	-2.000	4.000	6.000	-2.000	1.000	3.000	-2.000
Summe	12.000	14.000	-2.000	37.000	28.000	9.000	18.000	13.000	5.000
Abstrom an ...	Baden-Württemberg			Mecklenburg-Vorpommer.			Berlin		
	Zustrom	Abstrom	Saldo	Zustrom	Abstrom	Saldo	Zustrom	Abstrom	Saldo
CDU	8.000	3.000	5.000	7.000	1.000	6.000	3.000	4.000	-1.000
SPD	19.000	20.000	-1.000	13.000	13.000	0	15.000	13.000	2.000
Grüne	5.000	38.000	-33.000	1.000	2.000	-1.000	6.000	8.000	-2.000
FDP	4.000	1.000	3.000	2.000	0	2.000	1.000	0	1.000
Piraten						0	0	13.000	-13.000
NPD				0	1.000	-1.000			
Andere	3.000	4.000	-1.000	2.000	4.000	-2.000	8.000	6.000	2.000
Summe	39.000	66.000	-27.000	25.000	21.000	4.000	33.000	44.000	-11.000

Tab 12: LINKE und Gewerkschafter

	Gesamtergebnis		unter Gewerkschaftsmitgliedern					
	v.H.	+ / -	Gesamt		Arbeiter		Angestellte	
			v.H.	+ / -	v.H.	+ / -	v.H.	+ / -
BE; 18.09.2011	11,7	-1,7	16	0	16	-3	17	0
MV, 04.09.2011	18,4	+1,6	23	+2	23	+3	24	0
HB, 22.5.2011	5,6	-2,8	9	-5	9	-9	k.A.	
RLP, 27.3.2011	3,0	0,4	4	-1	5	0	3	-2
BW, 27.3.2011	2,8	-0,3	5	-1	5	0	5	-3
ST, 20.03.2011	23,7	-0,4	30	-1	27	-4	33	+2
HH, 20.2.2011	6,4	0,0	k.A.		k.A.		k.A.	
NRW, 9.5.2010	5,6	+2,5	9	+3	9	+4	8	+1
BTW 2009	11,9	+3,2	17	+5	18	+6	18	+5
BTW – Ost	28,5	+3,2	32	+2	32	+1	33	+2
BTW - West	8,3	+3,4	14	+6	14	+7	15	+5

Schaubild 1: Die politische Stimmungslage für DIE LINKE seit April 2005



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, ZDF-Politbarometer, <http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?Langzeit>; eigene Bearbeitung.

Abbildung: DIE LINKE im Bund und in Berlin im Vergleich (Sonntagsfrage, Infratest-dimap)



Untere Linie: Bundestagswahlfrage, obere Linie Abgeordnetenhauswahl für Berlin. Quelle: Benjamin Hoff/Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, S. 16; <http://wahlanalysen.wordpress.com/>